

Summary

21. Juni 2018

oiiip Österreichisches Institut
für Internationale Politik
Austrian Institute for
International Affairs

Roundtable Diskussion

EU Enlargement and Reform Agenda: Implications for Turkey and the Balkans

Eine Veranstaltung im Rahmen der Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport und mit Unterstützung der Economic Development Foundation (IKV).

Summary erstellt von: Samir Beharić und Cengiz Günay
Keywords: EU, Erweiterung, Reform, Türkei, Balkan

TeilnehmerInnen:

FARUK KAYMAKCI, Botschafter, Permanenter Vertreter der Türkei bei der EU

KLAUS WÖLFER, Botschafter, Österreichisches Außenministerium, Leiter der Abteilung Südosteuropa und Erweiterung

NILGÜN ARISAN ERALP, Direktorin, EU Studies Center TEPAV

ATILA ERALP, Professor, Mercator-IPC Senior Fellow

SANEM BAYKAL, Professor, Universität Ankara EU Research Center (ATAUM)

CIGDEM NAS, IKV Chairwoman

Moderation:

CENGİZ GÜNAY, Stellvertretender Direktor oiip

Datum und Uhrzeit:

21. Juni 2018

17:30 Uhr

Veranstaltungsort:

oiip, Berggasse 7, 1090 Wien

Zusammenfassung

Die Erweiterung galt lange Zeit als wichtigstes Element der transformativen Kraft der EU. Aufgrund der inneren Zerrüttung der Union aber auch angesichts eines Demokratie-Abbaus in den Beitrittskandidatenländern, scheint eine Erweiterung in nächster Zeit schwierig bis unwahrscheinlich. Dies gilt insbesondere für die Türkei. Im Falle der Türkei werden öfters sogenannte transaktionale Partnerschaften in Bereichen wie der Sicherheit diskutiert. Könnte dies in Zukunft auch angesichts der Entwicklungen nach dem Brexit eine Alternative zur Mitgliedschaft darstellen? Der Roundtable diskutierte aus unterschiedlichen Perspektiven die Krise der EU, Lösungsansätze für diese, sowie eventuelle Alternativen zu einem Beitritt der Türkei und die Aussichten für den Beitritt der Westbalkanstaaten.

Die Roundtable Diskussion wurde in Kooperation mit der Economic Development Foundation (IKV), aus der Türkei, angesichts der bevorstehenden EU Ratspräsidentschaft Österreichs organisiert. Die Veranstaltung mit insgesamt 6 TeilnehmerInnen setzte sich mit Fragen, wie es um die EU Erweiterungsprozesse steht bzw. welche internen Reformen angesichts der immanenten Krisen der EU notwendig sind, auseinander.

Insbesondere die Beziehungen mit dem Beitrittskandidaten Türkei gestalten sich schwierig. Auf die Frage wie die EU aus Perspektive des türkischen permanenten Vertreters bei der EU aussieht, meinte

Botschafter Kaymakçı, dass zurzeit folgende Themen die größten Herausforderungen für den Fortbestand der EU darstellen: Immigration, Sicherheit, Brexit und seine Folgen, sowie die Politik der Trump Administration. Als weitere Herausforderung



für den Fortbestand der Union bezeichnete er die tiefe Spaltung innerhalb der EU zwischen den neuen und den alten Mitgliedsstaaten. Vor allem würden die neuen Mitgliedsstaaten keine Mitglieder „zweiter Klasse“ sein wollen. Sie gehen immer öfter ihre eigenen Wege und konterkarieren eine gemeinsame Haltung in der Außenpolitik, wie z.B. jüngst in der Frage der Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels, bzw. die Frage der Verlegung der Botschaft. Als ein weiteres Problem, das die Krise der EU vertieft, betrachtet er die Lücke der Demokratie in der EU. Die EU leide unter der Herausforderung, breite Bevölkerungsteile und deren Anliegen nicht aufgreifen zu können. Als weitere Herausforderung sah Kaymakçı die Problematik, Einstimmigkeit erzielen zu müssen.

Botschafter Wölfer bezeichnete als größte Herausforderung für die EU, die Schwierigkeit die Gleichberechtigung des Individuums und die Gleichberechtigung der Staaten auszubalancieren und zu managen. Die EU müsste in diesem Zusammenhang einen Weg finden, der nicht paternalistisch ist. Die EU solle sich an ihre Fundamente erinnern, nämlich den Menschen die Aussicht auf Frieden und Wohlstand zu bieten. Dies wäre in letzter Zeit leider immer mehr aus den Augen geraten.

In Bezug auf einen Beitritt der Türkei hielt Kaymakçı fest, dass die Türkei die wohl schwierigste Integration darstelle. Die EU-Türkei Beziehungen sind aus Sicht der Türkei durch das Glaubwürdigkeitsproblem der EU gekennzeichnet. Viele Menschen in der Türkei glauben nicht daran dass die EU ernsthaft interessiert ist. Die wesentlichen Argumente gegen einen EU Beitritt der Türkei sind, dass das Land zu groß, zu arm und vor allem zu anders sei. Laut Kaymakçı ist mit letzterem vor



allein die Kultur gemeint. Auch Ciğdem Nas stimmt zu und meint, dass die meisten Menschen in der EU die unterschiedliche Religion (Identität) als ein Hindernis wahrnehmen. Kaymakçı hielt fest, dass man Identität nicht ändern kann und es auch nicht darum gehe die Probleme der Türkei wegzureden, allerdings so meinte er, wäre ein Erfolg des Beitrittsprozesses damit umso beeindruckender und würde enorm positive Auswirkungen auf mehrere Bereiche haben. Denn die

Frage des Beitritts der Türkei beinhaltet auch die Frage der Energie, einer effektiven EU-Außenpolitik, des Images der EU in der Welt und vor allem in der islamischen Welt bzw. auch die Verteidigung. Im Bereich der Sicherheitspolitik kritisiere die Türkei, dass sich die Kooperation der EU Staaten mit diesem Land fast ausschließlich auf die Bekämpfung des IS beschränkt und kaum auf die Sicherheitsbedürfnisse und Sorgen der Türkei eingegangen werde.

Insbesondere die Kehrtwende der USA unter Präsident Trump schadet der Türkei. Schließlich sind die USA nicht nur ein wichtiger strategischer Partner der Türkei, sondern sie waren in der Vergangenheit nicht nur ein wichtiger Förderer des europäischen Erweiterungsprozesses, sondern auch einer Integration der Türkei. In den 1990er Jahren setzte sich die Administration von Präsident Clinton stark für eine Einbeziehung der Türkei in das europäische Projekt ein. Auch Großbritannien galt lange als ein Verfechter eines türkischen Beitritts. Deshalb stellt aus der Perspektive eines türkischen Beitritts auch der Brexit einen weiteren Rückschlag dar.

Atila Eralp meinte, dass sich die EU-Türkei Beziehungen angesichts der vielen Krisen als recht resilient erwiesen haben. Die Türkei komme in den Debatten um eine Zukunft der EU allerdings gar nicht mehr vor. Dabei, so meinte er, habe in den letzten Monaten auch die AKP Regierung verstanden, dass der EU Anker für die Türkei wichtig ist.

Österreich schlägt dennoch seit längerem eine Alternative zu einer EU-Mitgliedschaft für die Türkei vor. Diese solle vor allem auf die Türkei zugeschnitten sein. Wölfer stimmte zu, dass es in der EU vor allem seit dem 11. September eine Erweiterungsmüdigkeit herrsche. Gleichzeitig habe sich laut Wölfer auch die Türkei immer weiter von den europäischen Werten entfernt. Er meinte in diesem Zusammenhang auch, dass der Brexit in dieser Frage sogar helfen könne, neue bzw. andere Lösungen für eine Partnerschaft mit der Türkei zu finden. Im Übrigen meinte er, dass die Glaubwürdigkeitskrise der EU (die Frage inwieweit sie ihre Versprechungen einhalten kann) inzwischen auch die



Beziehungen mit den Beitrittskandidaten auf dem Balkan erschwert. Wölfer räumte zudem ein, dass die Aufnahme der Balkanstaaten zu einem besseren Funktionieren der EU beitragen werde. Dies ergibt sich vor allem aus dem Umstand, dass durch die Integration dieser Staaten eine geographische Lücke auf der Landkarte geschlossen und dadurch die Verbindung und Kommunikation innerhalb der EU vereinfacht werden würde. Wichtig wäre allerdings, dass keine bilateralen Probleme mehr in die EU hineingetragen werden.

Kaymakçı hielt fest, dass die Türkei den Beitritt sämtlicher Balkanstaaten unterstütze und dies nicht als Konkurrenz sehe. Kaymakçı kritisierte allerdings, dass der Begriff "Westbalkan" eine Konstruktion und vor allem eine künstliche Teilung einer Region darstelle. Dabei gehe es vor allem darum, durch diesen Begriff die übrigen Kandidaten von der Türkei zu trennen.

Grundsätzlich waren sich alle TeilnehmerInnen einig, dass bislang die EU Erweiterungen ein großer Erfolg waren und Europa wesentlich verändert haben. Cığdem Nas hielt allerdings in diesem Zusammenhang fest, dass dieser Erfolg damit zusammenhängt, dass die EU sich als ein weltweites Modell für Governance etabliert hat und sich die Beitrittskandidaten an EU Normen anzupassen versuchten. Mit der wachsenden Schwäche der EU ist das aber immer weniger der Fall. Beitrittskandidaten adaptieren Normen immer ungenauer und unwilliger. Der EU fehlen die Mittel und Ideen gegen illiberale und autoritäre Entwicklungen aufzutreten und das wiederum schwächt ihre Glaubwürdigkeit und Kraft. Dennoch ist die EU weiterhin sehr populär in den Kandidatenländern. Auch in der Türkei ist trotz der Probleme mit dem Beitrittsprozess die Unterstützung für einen EU Beitritt weiterhin sehr hoch. So gaben bei einer durch IKV in Auftrag gegebene Studie 78,9 Prozent der Befragten in der Türkei an, einen EU-Beitritt zu befürworten.

Nilgün Arisan bekräftigte diese Ergebnisse in dem sie meinte, es gäbe keine Alternative zu einer Mitgliedschaft. Funktionale Partnerschaften oder transaktionale Beziehungen können keinen Ersatz darstellen, vielmehr können sie ein erster Schritt in die Richtung einer Mitgliedschaft sein. Atila Eralp meinte, dass die wichtige Frage dabei sei, von was für einer Art von transaktionaler Beziehung die Rede sei. Eine Interessensbasierte oder eine auf Normen basierende Beziehung. Jene, die einen Beitritt der Türkei vor allem aus einer strategischen Perspektive vertreten haben, sehen vor allem in zwei Bereichen Chancen für eine transaktionale Beziehung: Das Management der Flüchtlingsfrage und die Zollunion. In beiden, vor allem aber im letzten Bereich, können und sollten auch politische Konditionen eingebaut sein. Allerdings stellt die Blockierung der Aufwertung



der Zollunion, wie es gerade durch Deutschland betrieben wird, eine politische Bestrafung dar, die keine wirkliche Logik habe, da beide Seiten davon Nachteile haben. Eine transaktionale Partnerschaft kann aber nur funktionieren wenn beide Seiten es wollen und fair sind.

Eralp hielt fest, dass sich vor allem im Bereich der Verteidigung, wie z.B. im PESCO-Verteidigungspakt, Möglichkeiten für Partnerschaften mit Dritten aufzutun würden. Er kritisierte aber, dass sich die EU zu sehr mit sich selbst beschäftige und vergesse, dass es auch noch eine Welt außerhalb der EU gäbe. Die EU braucht eine langfristige Perspektive und diese sollten auch die Staaten, die sich in der Warteposition auf eine Mitgliedschaft befinden, berücksichtigen und diese nicht vor den Kopf stoßen.